

Antrag 80/II/2023

UBV Dahme-Spree, Jusos

Der/Die Bundestagsfraktion möge beschließen:

Der/Die Bundesparteitag möge beschließen:

Leben zu retten ist keine Straftat!

1 Die SPD Brandenburg fordert die
2 Bundestagsfraktion auf, sich im
3 Rahmen der Anpassung des §
4 96 des Aufenthaltsgesetzes da-
5 für einzusetzen, dass die Rettung
6 von Menschen aus Seenot nicht
7 zur Straftat wird. Dies entspricht
8 auch den im Koalitionsvertrag
9 der Ampel-Koalition festgehalte-
10 nen Grundsätzen: „Es ist eine zi-
11 vilisatorische und rechtliche Ver-
12 pflichtung, Menschen nicht er-
13 trinken zu lassen. Die zivile See-
14 notrettung darf nicht behindert
15 werden.“

16

17 Begründung

18 Da der Bericht, der diese De-
19 batte auslöste, erstmals in der
20 Süddeutschen Zeitung am 07.
21 November besprochen wurde
22 und die Formulierungshilfe, über
23 die diskutiert wird, erst am 13.
24 November veröffentlicht wurde,
25 war es uns nicht möglich, diesen
26 Antrag fristgerecht einzureichen,

27 da die Antragsfrist bereits am 27.
28 Oktober endete. Hinzu kommt
29 die ernsthafte Befürchtung, dass
30 die geplante Änderung des §96
31 des Aufenthaltsgesetzes be-
32 denkliche Auswirkungen haben
33 könnte: Derzeit bestraft das
34 Gesetz Personen, die gegen Geld
35 Menschen in die EU bringen,
36 also einen finanziellen Vorteil
37 erhalten oder sich versprechen
38 lassen. Die bisherige Unter-
39 scheidung zwischen finanziellen
40 Beweggründen und der uneigen-
41 nützigen, nach internationalen
42 Übereinkommen erforderlichen
43 Rettung durch zivile Organi-
44 sationen könnte jedoch durch
45 den neuen Gesetzesentwurf
46 aufgehoben werden. Es besteht
47 die Befürchtung, dass künftig
48 kein finanzieller Vorteil mehr
49 notwendig sein wird, um eine
50 Strafbarkeit zu begründen, und
51 dass eine Ausnahme für humani-
52 täre Arbeit nicht vorgesehen ist.
53 Angesichts der anhaltenden Ak-
54 tualität und Relevanz des Themas
55 bitten wir darum, den Antrag auf-
56 grund seines Initiativcharakters
57 zu akzeptieren.
58 Als Sozialdemokraten sind wir
59 verpflichtet, Menschen in Not
60 zu helfen und ihnen Schutz zu

61 gewähren. Die vorgeschlagenen
62 Gesetzesänderungen bedro-
63 hen nicht nur das Leben der
64 Schutzsuchenden, sondern un-
65 terminieren auch die Werte, die
66 wir als SPD vertreten. Die See-
67 notrettung im Mittelmeer muss
68 humanitär und durch internatio-
69 nale Kooperation angegangen
70 werden. Die Bestrafung privater
71 Seenotrettungsorganisationen
72 widerspricht dem Geist der
73 Solidarität und unserer gesell-
74 schaftlichen Verantwortung.
75 Die Sozialdemokratie hat sich
76 stets für die Einhaltung der
77 Menschenrechte und Men-
78 schenwürde eingesetzt. Diese
79 Prinzipien sind jedoch durch
80 den aktuellen Gesetzentwurf
81 gefährdet. Als SPD liegt es in
82 unserer Verantwortung, uns
83 deutlich gegen diese Ände-
84 rung im Aufenthaltsrecht zu
85 positionieren. Wir appellieren
86 an die Bundestagsfraktion der
87 SPD, sich gegen diese Geset-
88 zesreform zu stellen und sich
89 für eine humane, solidarische
90 und menschenrechtskonforme
91 Flüchtlingspolitik einzusetzen.
92